Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120. | Dresden, Dienstag den 28. Mai 1912. | 23. Jahrg.

Der Londoner Hafenstreik.

L. K. London, 26. Mai.

Schneller als man erwartet hatte, ist der mehrfach angekündigte große Kampf im Hafen von London ausgebrochen. Der Streik der Lichtermänner hat sich nur als der Zündstoff erwiesen, der das Pulverfaß in Flammen setzte. Die Regierung war erst zum Bewußtsein des Ernstes der Lage erwacht, als es bereits zu spät war. Am Mittwoch ernannte die Regierung einen Kommissar in der Person des Sir Edward Clarke, der die Ursachen des Konfliktes untersuchen sollte. Da Sir Edward Clarke gerade einen Tag zuvor als Vorsitzender des Südyorkshirer Distriktseinigungsamtes einen erträglichen Minimallohn für die Bergarbeiter festgesetzt hatte, so hoffte man, daß seine Person den Londoner Hafenarbeitern gleichfalls Vertrauen einflößen werde. Das öffentliche Verhör sollte Freitag beginnen. Allein schon am Donnerstag war der Generalstreik beschlossene Sache. In einer gemeinsamen Konferenz des Londoner Distriktkomitees und des Nationalen Vorstandes des Transportarbeiterverbandes wurde am Donnerstag die folgende Resolution angenommen:

> Nachdem dieses gemeinsame Komitee die Lebensfragen, um die es sich bei den Transportarbeitern im Hafen von London handelt, geprüft und in Betracht gezogen hat, daß die Unternehmer die organisierten Arbeiter boykottieren, zustandegekommene Vereinbarungen absichtlich brechen und die Arbeiter im allgemeinen schikanieren, ist es zu dem Beschlusse gelangt, daß diese Umstände ihm keinen anderen Ausweg lassen, als alle Transportarbeiter aufzufordern, die Arbeit heute abend einzustellen, um den Verband instandzusetzen, die Beschwerden zu beseitigen.

Daß dies einen gewaltigen Kampf bedeutet, darüber ist kein Zweifel möglich, und die betroffenen Arbeiter sind die letzten, sich Illusionen hinzugeben. Als die Führer diesen Beschluß vom Balkon der Maritime Hall, des Gebäudes der Londoner Transportarbeiter, der draußen wartenden Riesenmenge verkündeten, wurde er mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen, der deutlich erkennen ließ, daß es auch diesmal wieder die Masse selber war, die die Führer auf den Pfad des Kampfes drängte. Heute sind bereits 120 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die verschiedenen Berufszweige: Docker 30 000, Fuhrleute 30 000, Tagelöhner 10 000, Verlader 8000, Lichtermänner 7000, Schleppbootleute 3000 und Unorganisierte dieser Berufe 4000. Der Rest gehört verschiedenen Nebenbeschäftigungen an. Dazu werden heute noch die Seeleute kommen. Die Hauptforderungen der Arbeiter sind eine gleichförmige Lohnliste für die verschiedenen Arbeitsverrichtungen und die volle Anerkennung der Gewerkschaft, so daß nur Mitglieder des Transportarbeiterverbandes beschäftigt werden dürfen.

Der Streik beschränkt sich bisher noch auf die Themse und die benachbarte Medwahmündung, aber es besteht die Möglichkeit seiner Ausdehnung auf andere Häfen. Ganz gewiß würde es dazu kommen, wenn die Unternehmer den Versuch machen sollten, den lahmgelegten Verkehr nach anderen Häfen abzulenken. Der Streik hat bereits die Preise verschiedener Lebensmittel in die Höhe getrieben, so namentlich von gefrorenem Fleisch und von Mehl, ferner von Früchten und Gemüse. In wenigen Tagen muß sich die Lage aber sehr verschlechtern, denn der Lebensmittelvorrat Londons soll gerade jetzt sehr beschränkt sein, und im Hafen liegt eine ganze Anzahl von Schiffen mit zum Teil verderblichen Waren, die nicht abgeladen werden können. Welche Bedeutung der Hafenverkehr für die Lebensmittelversorgung Londons hat, ergibt sich aus einigen Zahlen, die die jährliche Einfuhr dieses Hafens darstellen. Die Jahreseinfuhr von Hammelfleisch allein erreicht den Wert von 5¼ Millionen Pfund Sterling, Käse 3½, Eier 2¼, Speck 1¼, Tee 11½ und Zucker über 7 Millionen Pfund Sterling.

Trotz des Ausbruchs des Streiks hat Sir Edward Clarke seine Untersuchung begonnen. Die gestrige Sitzung war fast ganz von der Aussage Harry Goslings, des Präsidenten des Transportarbeiterverbandes ausgefüllt, der die Beschwerden der Arbeiter darlegte. Es gelang ihm, schon in der ersten Sitzung einen großen Triumph zu erreichen, indem er durch die Drohung, seine Aussage zu verweigern, durchsetzte, daß keine Advokaten vor der Untersuchung erscheinen dürfen, sondern daß Arbeiter und Unternehmer von Angesicht zu Angesicht verhandeln müssen. Das hat u. a. auch den großen Vorteil, daß der Kampf nicht auf juristische Spitzfindigkeiten hingelenkt wird, sondern bei den wirklichen Tatsachen bleibt, die jeder Arbeiter übersehen kann.

Soweit man die Lage jetzt überblicken kann, scheint es gewiß, daß die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter einen geeinigten und hartnäckigen Widerstand entgegensetzen werden. Ein Teil von ihnen scheint sogar die Gelegenheit zu begrüßen und hofft, daß es jetzt möglich sein wird, den Transportarbeiterverband zu vernichten. Sie werden jedenfalls alles daran setzen, um Streikbrecher heranzuziehen, und da die Regierung Truppen in Bereitschaft hält, so ist zu befürchten, daß es hier und dort zu Straßenkonflikten kommt, namentlich soweit es sich um Fuhrwerke handelt. Wie beim Streik des letzten Sommers, hat der Transportarbeiterverband auch diesmal erklärt, den Postverkehr sowie die Zufuhr von Eis für Krankenhäuser und den Kanalisationsverkehr usw. zuzulassen.

* * *

Verhandlungen.

London, 26. Mai. Im Laufe der offiziellen Enquete, die nun der Regierung über den Ausstand angeordnet worden ist, teilte der Wortführer der Ausständigen Gosling mit, daß die von den Arbeitgebern eingenommene Haltung ihre Absicht verrate, die Syndikate zu sprengen. Die Teilausstände seien niemals gelungen; infolgedessen sei der Generalstreik für London beschlossen worden. Ein Vertreter der Arbeitgeber erhob Einspruch gegen diese Erklärung. Er tat dies in sehr heftigen Worten, wodurch der Regierungskommissar veranlaßt wurde, den Redner zu ersuchen, sich keiner so heftigen Ausdrucksweise zu bedienen, da Gosling sich in gemäßigten Worten ausgedrückt habe. Gosling erklärte im weiteren Verlaufe der Enquete, er gestehe zu, daß die Arbeiter nicht immer sich den getroffenen Abmachungen unterwerfen, das sei aber auf die Haltung der Arbeitgeber zurückzuführen, die durch ihre Auslegung der getroffenen Bestimmungen die Arbeiter benachteiligten, was immer zu Konflikten führe. Der Regierungskommissar verlas einige der Bestimmungen und stellte zur großen Genugtuung fest, daß die Auslegung dieser Bestimmungen, wie sie die Docker auslegten, ihm als die einzig richtige erscheine. Gosling schlug darauf vor, eine gemischte Konferenz aus Arbeitgebern und Dockers einzuberufen, die sich bemühen sollen, ein allgemeines Abkommen zu erzielen, dem sich auch die schlechten Arbeitgeber fügen müßten. Dies sei schwer zu erlangen und somit bleibe den Arbeitern nichts anderes übrig, als sich selbst zu verteidigen, und zwar durch den Ausstand, was dann auch kommen möge.

Eine Massendemonstration.

London, 26. Mai. Hunderttausend Transportarbeiter veranstalteten heute nachmittag eine Demonstration auf dem Trafalgar Square. Ein starkes Polizeikontingent war aufgeboten, fand aber nirgends Anlaß einzugreifen, da die Demonstranten die größte Ordnung bewahrten. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Transportarbeiter einen einheitlichen Stundenlohn von zehn Pence und einen Lohn von einem Schilling zwei Pence für jede Ueberstunde verlangen, und erklären, sie würden nicht eher zur Arbeit zurückkehren, bis alle ihre Forderungen angenommen wären.

Der Ausstand wächst!

London, 27. Mai. Die Syndikatsleitung der Londoner Rollkutscher hatte den Ausstand verfügt, um dem Hinhalten der Arbeitgeber ein Ende zu machen, die sich den Schiedssprüchen nie unterworfen hatten und in vielen Fällen die organisierten Arbeiter ausschlossen. Im Bezirk von Watting zogen die Streikenden, begleitet von der Polizei, nach den verschiedenen Arbeitsstätten und ersuchten die noch Arbeitenden, sich ihnen anzuschließen, was auch ohne Zwischenfälle geschah. Die großen Ausflugsdampfer auf der Themse konnten nicht ausfahren, da es an Matrosen und Heizern fehlt. Viele Fabriken an der Themse mußten schließen, weil die Leichterschiffe keine Waren transportierten. Alles deutet darauf hin, daß der neue Streik 14 Tage, wenn nicht einen Monat dauern wird. Außerdem besteht die Gefahr eines nationalen Ausstandes. Die Streikenden sind gut organisiert und alle Docks und Warendepots werden von ihnen stark überwacht.

London, 27. Mai. Die Lastträger von Covent-Garden, dem Londoner Frucht-, Mehl- und Gemüsemarkt, haben heute früh gemäß einer Aufforderung ihres Verbandes, die Arbeit eingestellt. Die Nichtorganisierten setzen die Arbeit fort, doch bemühen sich Vertreter des Verbandes, sie zum Anschluß an den Streik zu bewegen.

Des Kanzlers Sprüchlein.

Bethmann ist mit den Leistungen des Reichstages in der verflossenen Tagung sehr zufrieden und spendet in seiner Norddeutschen Allgemeinen Zeitung reichlich Lob. Der Reichstag habe in einer kurzen, angestrengten und ungewöhnlich bewegten Tagung Leistungen vollbracht, so heißt es in dem offiziösen Blatte, die sich mit den Ergebnissen der fruchtbarsten Sessionen messen können. Man habe zwar dem Wirken des Reichstags mit schwerer Sorge entgegen gesehen, und zum Schmerz aller Thron- und Altarstützen sei auch ein Sozialdemokrat ins Präsidium gewählt worden. Aber dann sei ein Stimmungsumschwung eingetreten — der Reichstag hat ja nach vier Wochen den bösen Scheidemann nicht wiedergewählt — und schließlich habe der Reichstag die Rüstungsvorlagen schnell und glatt angenommen.

> Der Widerspruch der Sozialdemokratie und der reichsfeindlichen Splitterparteien, so heißt es dann weiter, ist angesichts dieser großartigen Kundgebung des Reichstags nach innen wie nach außen ohne Eindruck geblieben. Die bürgerlichen Parteien haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden, die schließlich die Zuversicht rechtfertigte, mit der der Reichskanzler an die Verstärkung unserer Friedensgarantien gegangen ist. Regierung und Reichstag dürfen mit Befriedigung auf das vollbrachte Werk blicken und wohl verdient waren die Worte des Dankes, die der Reichskanzler bei der Vertagung im Namen des gesamten Vaterlandes, des Kaisers und der verbündeten Regierungen dem Reichstag aussprach.

Also Bethmann ist zufrieden. Eine andere Frage ist, ob die Massen des deutschen Volkes Anlaß haben, mit den Leistungen eines Reichstags zufrieden zu sein, der wieder neue große Lasten auf ihre Schultern gelegt hat. Wird nun Bethmann sich mit dem Lobe des Reichstages begnügen oder wird er auch die Wünsche seiner Mehrheit erfüllen! Der Reichstag hat bekanntlich zwei Gesetzesbestimmungen angenommen, durch die die Regierung verpflichtet wird, in kurzer Frist dem Reichstag neue Deckungsvorlagen zu unterbreiten. Während in der einen Bestimmung nur allgemein eine Besitzsteuer gefordert wird, wird in der andern klipp und klar die Einbringung einer neuen Erbschaftssteuervorlage verlangt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt nun:

> Die verbündeten Regierungen haben auch dazu ihre Zustimmung erklärt, daß diese Deckung in einer allgemeinen Besitzsteuer bestehen soll. Der Reichsfinanzverwaltung wird nunmehr die Ausarbeitung einer allen Arten des Besitzes gerecht werdenden Besitzsteuervorlage obliegen. Ob es gelingen wird, eine Besitzsteuer zu finden, die auch allen Arten der Parteianschauungen und Lehrmeinungen gerecht wird, ist allerdings eine andere Frage, zumal die Möglichkeiten einer allgemeinen Besitzesbelastung beschränkte sind. Jedenfalls aber ist es vom Standpunkt der Finanzpolitik aus das einzig richtige gewesen, die bedeutsame Frage jetzt nicht über das Knie zu brechen und die sorgsam geschonte Reserve nicht ohne zwingenden Grund hinzugeben, vielmehr eine gründliche und Dauer versprechende Ausgestaltung des Steuerprojekts vorzubereiten.

Also an die Wiedervorlegung eines Erbsteuergesetzentwurfes scheint die Regierung nicht herangehen zu wollen. Sie will versuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, „die allen Parteianschauungen und Lehrmeinungen gerecht wird", was nichts anderes heißt, als eine Vorlage, die den Wünschen der Konservativen entspricht. Man muß also damit rechnen, daß eine Besitzsteuer auf der Bildfläche erscheint, die in Wahrheit keine Besitzsteuer ist, eine Steuer, die etwa wie die Talonsteuer von den wirklich Besitzenden abgewälzt werden kann und vor allem die Herren Agrarier ungeschoren läßt.

Das Regierungsorgan läßt natürlich die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne in der üblichen Weise die Schale seines Zornes über die Sozialdemokratie auszugießen. Das Blatt schreibt:

> Die Sozialdemokratie, die im Anfang mit gedämpften Tönen operierte, hat sich im Laufe der Session völlig zu ihrer alten Manier zurückgefunden. Während ihre Vertreter im preußischen Abgeordnetenhause andauernd durch Verleugnung der Grundlagen jeder parlamentarischen Verhandlung die widerwärtigsten Szenen provozierten, holten sie im Reichstage noch in den letzten Tagen zu Angriffen gegen die Monarchie und den preußischen Staat aus, die an verbissener Gesinnung und brennendem Haß ihresgleichen suchten. Der Reichskanzler protestierte durch Tat und Wort gegen diese maßlosen Ausschreitungen, die jedenfalls aufs neue gezeigt haben, wie vorsichtig man mit der Hoffnung auf eine in ruhigere Bahnen lenkende Entwicklung der Sozialdemokratie sein muß. Auch jetzt hat sich bei ihr der revolutionäre Trieb wieder stärker erwiesen als die taktischen Rücksichten.

Dann quält sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ungefähr dreiviertel Spalten im Schweiße ihres Angesichts ab, um den revolutionären Charakter der bösen Sozialdemokratie zu beweisen. Natürlich hat die Sozialdemokratie bei Beginn der Session nicht daran gedacht, aus taktischen Gründen ihren Ton irgendwie zu dämpfen. Es kann daher von einer Aenderung der Taktik im Laufe der Tagung nicht die Rede sein.

Es haben sich eben in den letzten Wochen Dinge ereignet, die den scharfen Widerspruch der Mehrheit des deutschen Volkes herausforderten. Und da haben unsere Vertreter ihre Meinung mit der bei der Sozialdemokratie üblichen Klarheit und Schärfe gesagt. Im übrigen kann es uns ganz gleichgültig sein, wenn Bethmann in seiner Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht. Halten doch die Schreibereien der Norddeutschen auch nicht einen Mann davon ab, sich in unsere Reihen zu stellen.

Nach dem Straßenkampf.

th. Wien, 26. Mai.

In Budapest ist der Kampflärm verraucht, Freitag nachts schwelte die Glut des Aufruhrs nieder. Man zählt die Opfer, die der Widerstand der Junker gegen die Volksrechte, die der Wortbruch des Herrschers ausgesät hat. Es ist eine erschreckende Ziffer: nach amtlicher Angabe wurden am ersten Tage fünf, am zweiten Tage zwei — zusammen sieben Personen getötet, am ersten Tage 171, am zweiten Tage 21 Personen verletzt; zusammen 192. Und da fehlt noch die um das vielfache größere Zahl der Leichtverletzten!

Die politischen Folgen des revolutionären Vorstoßes der Arbeiter treten deutlich zutage. Am Mittwoch, als Tisza auf den Stuhl des Präsidenten erhöht wurde, galt die Opposition als besiegt, sichtlich versiegte ihre Widerstandskraft. Kossuthianer und Volkspartei ließen die wankenden Anhänger Jusths allein im Feuer. Die Schrecken der Revolutionstage haben die getrennten Glieder der Opposition wieder vereinigt und ihnen einen gemeinsamen Feldzugsplan verliehen. Das Programm der Forderungen, auf das sich die drei Parteien geeinigt haben, besagt in der Hauptsache: Wahlreform und Wehrreform müssen gleichzeitig in Kraft treten. Die Wahlreform hat folgende Grundzüge zu zeigen: Jeder 24jährige Ungar ist stimmberechtigt, sofern er des Lesens und Schreibens kundig ist und in seinem Aufenthaltsort mindestens ein Jahr wohnt. Fernerhin erhalten alle, die ihrer Wehrpflicht nachgekommen sind, das Stimmrecht und alle bleiben in seinem Genusse, die zurzeit bereits wahlberechtigt sind. Der Steuerzensus gilt fortab ausschließlich für die Lesens-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120528/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG